

## **D           GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE**

**DGAA       Deutschland**

### **BADEN-WÜRTTEMBERG**

**Politiker**

**1945 - 2005**

### **BIOGRAPHIENSAMMLUNG**

**23-1       *Von Carlo Schmid bis Erwin Teufel (1945-2005)* : erlebte Politik im deutschen Südwesten / Klaus Schrode. - Ubstadt-Weiher : Verlag Regionalkultur, 2022. - 232 S. : Ill. ; 24 cm. - ISBN 978-3-95505-362-8 : EUR 24.80  
[#8382]**

Im zeitlichen Umfeld der 70. Wiederkehr der Gründung des Landes Baden-Württemberg legt Klaus Schrode eine populär geschriebene politische Geschichte des deutschen Südwestens zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Beginn des 21. Jahrhundert vor.<sup>1</sup> Dabei orientiert sich Schrode an den Lebensläufen der Ministerpräsidenten und schlägt den Bogen von Carlo Schmid (1896 - 1979), Leo Wohleb (1888 - 1955) und Reinhold Maier (1889 - 1971) als den von den Besatzungsmächten eingesetzten Ministerpräsidenten bis zum Ende der Amtszeit von Erwin Teufel.

Die Biographien der Ministerpräsidenten der 1940er bis 1960er Jahre fallen dabei eher knapp aus, dagegen beschäftigt sich Schrode sehr intensiv mit den Amtszeiten von Hans Filbinger (1913 - 2007), Lothar Späth (1937 - 2016) und Erwin Teufel (\*1939). Diese Schwerpunktsetzung ist sachlich durchaus gerechtfertigt, denn Schmid, Wohleb oder Maier haben bereits umfangreiche Würdigungen in Form von wissenschaftlichen Qualifikationsschriften, Ausstellungskatalogen und Sammelbänden erhalten. Dagegen haben die Amtszeiten von Filbinger, Späth und Teufel in der Forschung bislang recht wenig Aufmerksamkeit erhalten. Natürlich schreibt Schrode auch aus eigener Erfahrung. Als Journalist, Ministerialreferent und wissenschaftlicher Angestellter bei der Landesverwaltung Baden-Württemberg in Stuttgart und Karlsruhe hat er die Zeit zwischen den 1970er Jahren und der Jahrtausendwende selbst miterlebt und hatte wohl auch die Möglichkeit die drei genannten Ministerpräsidenten persönlich kennen zu lernen.

In allen Lebensläufen skizziert Schrode zunächst den Werdegang des jeweiligen Ministerpräsidenten bis zu dessen Einsetzung durch die Besatzungsmächte bzw. bis zu dessen Wahl. Zugleich bemüht sich der Autor er-

---

<sup>1</sup> Inhaltsverzeichnis: [https://verlag-regionalkultur.de/presse/bib/bib\\_05-362-8.pdf](https://verlag-regionalkultur.de/presse/bib/bib_05-362-8.pdf) - Demnächst unter: <https://d-nb.info/1271995093>

folgreich darum, die Persönlichkeit des jeweiligen Ministerpräsidenten zu charakterisieren und dessen Amts- und Selbstverständnis vorzustellen. Darüber hinaus gibt er einen Überblick über die wichtigsten politischen Ereignisse und Entscheidungen, mithin über Erfolg und Scheitern des jeweiligen Ministerpräsidenten. In gleicher Weise stellt Schrode auch die jeweiligen politischen Partner bzw. Gegenspieler der von ihm porträtierten Ministerpräsidenten vor.

Am Ende des Bandes arbeitet Schrode schließlich nochmals die großen Entwicklungslinien der südwestdeutschen Politik heraus: Dabei sieht er die Jahre bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg geprägt durch „das Ringen mit den Besatzungsmächten“ (S. 210). In den Jahren 1945 - 1952 mußte eine neue staatliche Ordnung entsprechend den Vorgaben der Amerikaner und Franzosen geschaffen werden. Mit Recht weist Schrode darauf hin, daß die deutschen Beamten wenig Einfluß auf die Aufstellung der Haushaltspläne in jenen Jahren hatten, sie diese vielmehr entsprechend den Wünschen der Besatzungsmächte zu vollziehen hatten. Besonders intensiv war das Ringen mit der französischen Besatzungsmacht in Württemberg-Hohenzollern. Die Franzosen, deren Land freilich selbst vier Jahre durch die Deutschen ausgeplündert worden war, griffen zu massiven Demontagen, Requisitionen und führten einen erheblichen Holzeinschlag durch, genauso wie sie Lebensmittel im großen Stil entnahmen und horrend Besatzungskosten verlangten. Staatspräsident Lorenz Bock (1883 - 1948) hat sich über die Auseinandersetzung mit den Franzosen über die Demontagen aufgezehrt und ist schließlich hierüber im Amt verstorben. Nunmehr war es Gebhard Müller, der wie schon zuvor als CDU-Fraktionschef im Landtag in Bebenhausen immer wieder betonte, „die Befugnisse auch der Besatzungsmacht müssten dort aufhören, wo Lebensrechte verletzt würden, die man auch einem total Besiegten nicht nehmen könne“ (S. 211). Zugleich klärte Müller in Deutschland wie auch im Ausland über die katastrophalen Konsequenzen der Demontagen für Württemberg-Hohenzollern auf, so wie auch Carlo Schmid im Oktober 1948 eine Denkschrift zum Thema Demontagen erarbeitete, die namens aller westdeutscher Ministerpräsidenten den Alliierten übergeben wurde. Am Ende konnten Müller und sein Stellvertreter Schmid erreichen, daß die Demontagen zurückgefahren wurden und die Franzosen rund 50 Mill. DM Entschädigung leisteten.

Auch die Entwicklung in Südbaden war durch die Auseinandersetzungen mit der französischen Besatzungsmacht geprägt, vor allem aber würdigt Schrode die „vorbildlichen Sozialgesetze“ (S. 211), die in der Amtszeit von Leo Wohleb erlassen wurden. So verweist Schrode auf die umfassenden Leistungen des Landes Südbaden für die Kriegsoffer, auch brachte „ein Betriebsverfassungsgesetz (...) die kooperative Sozialpartnerschaft“ (S. 211 - 212). In diesem Sinne betont Schrode nochmals, daß Wohleb keineswegs ein „Heimatpolitiker“ oder gar katholischer „Reaktionär“ (S. 212) gewesen sei.

In Württemberg-Baden galt es die Wirtschaftskraft des Rhein-Neckar-Dreiecks und der Region Stuttgart wiederherzustellen. Reinhold Maier wird

von Schrode als erfolgreicher Anwalt der klein- und mittelständischen Industrie vorgestellt, genauso wie er Maiers Beitrag für die Gründung des Südweststaates herausarbeitet. Reinhold Maier wurde schließlich auch zum ersten Ministerpräsidenten des Südweststaates, wobei er an der Spitze einer Koalition aus SPD, FDP und BHE gestanden hat. Freilich zerbrach diese Koalition, als Maier 1953 auf Druck der eigenen Bundespartei gegen seine Überzeugung im Bundesrat dem Generalvertrag und der EVG zur Mehrheit verhelfen mußte. Maier wurde im Oktober 1953 durch Gebhard Müller abgelöst. Die große Leistung, so Schrode zu Recht, der Allparteienkoalition unter Müller in den Jahren 1953 - 1958, war die Verabschiedung der Verfassung und die Konsolidierung des jungen Südweststaates. Letztere fand ihren Ausdruck auch in den Aufbaugesetzen, u. a. in der Verabschiedung des Landesverwaltungsgesetzes, der Gemeinde- und schließlich der Landkreisordnung.

Für die Ära von Kurt Georg Kiesinger als Ministerpräsident kann Schrode einen Paradigmenwechsel ausmachen: Während noch unter Müller mit spitzen Rotstift regiert worden war, investierte Kiesinger umfassend in die Bildungspolitik. So kam es zur Gründung der Universitäten in Ulm und Konstanz, zudem entstanden weitere Ingenieursschulen, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen. Durch die Neubauten dieser Hochschulen wurde zugleich die regionale Wirtschaft gestärkt. Gleichzeitig kam es in der Ära Kiesinger allmählich zur Ausprägung eines Bewußtseins für Natur und Umwelt. Deutlich wurde dies, als die Landesregierung darauf verzichtete, wie ursprünglich geplant, den Hochrhein zwischen Basel und dem Bodensee zu kanalisieren.

Die Amtszeit von Hans Filbinger sieht Schrode durch „umsichtige Reformpolitik (und) streitbare Demokratie“ (S. 213) geprägt. Filbinger regierte zunächst 1966 - 1972 gemeinsam mit der SPD. In diesen Jahren wurde die Grundlage für die Verwaltungs-, Kreis- und Gemeindegebietsreform gelegt, die einen Kompromiß zwischen den beiden großen Volksparteien darstellte. Anders als von der SPD gewünscht, kam es jedoch als die CDU ab 1972 mit absoluter Mehrheit regierte, nicht zur Abschaffung der Regierungspräsidien. Etwas arg breit, zumal in Form einer Chronik, schildert Schrode die Auseinandersetzung der Regierung Filbinger mit den revoltierenden Studenten in Heidelberg sowie mit der Roten Armee Fraktion. Eine schwere Niederlage bedeutete freilich für die Regierung, als am 18. Oktober 1977 drei RAF-Mitglieder, die in Stuttgart Stammheim inhaftiert waren, Selbstmord begingen. Offensichtlich waren die Sicherheitskontrollen in Stammheim zu lückenhaft gewesen. Die Amtszeit von Hans Filbinger war zudem geprägt durch die Auseinandersetzungen um den Bau eines Kernkraftwerkes in Wyhl am Kaiserstuhl. In diesem Fall hatte die Regierung die Schärfe des Protestes unterschätzt und mußte das Projekt 1976 fallenlassen.

Auf Hans Filbinger folgte Lothar Späth, dessen Erfolge in der Technologiepolitik Schrode herausarbeitet, jedoch mußte sich Späth als Ministerpräsident auch mit den Folgen zweier Umweltkatastrophen auseinandersetzen: Im Jahr 1986 kam es erst zum Reaktorunfall in Tschernobyl und schließlich zum Brand einer Chemiehalle in Schweizerhalle bei Basel.

Nachdem Späth aufgrund der „Traumschiff-Affäre“ 1991 zurücktreten mußte, übernahm Erwin Teufel das Ruder, der zunächst vier Jahre in einer großen Koalition und nochmals neun Jahre in einem Bündnis mit der FDP regierte. Einer der Schwerpunkte der großen Koalition war die Umwelt- und Naturschutzpolitik, auch ließ Teufel 320 Millionen DM „zur Förderung des Medienstandortes‘ Baden-Württemberg“ (S. 213) bereitstellen. U. a. erfolgten die Initiativen „Virtuelle Hochschule“ und „Medienoffensive Schule“, die mit jeweils 50 Millionen DM bedacht wurden. In den Jahren der bürgerlich-konservativen Koalition konnte Teufel Fusionen in den Bereichen Medien, Energieversorgung und Banken bewerkstelligen. Zudem konnte er Erlöse aus Privatisierungen von Staatsbetrieben in Höhe von 1,65 Milliarden EUR in die Bildungs-, Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur investieren. (Zukunftsoffensiven I bis III ab 1994). Außerdem würdigt Schrode eingehend das europapolitische Engagement von Erwin Teufel, der sich mit großem Nachdruck für den Erhalt von Kompetenzen und Gestaltungsspielräumen der Regionen im zusammenwachsenden Europa eingesetzt hat.

Insgesamt kann Schrode zu dem berechtigten Urteil kommen, daß Baden-Württemberg in den sechzig Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als gut regiertes Land angesehen werden darf. Wenngleich Reinhold Maier der einzige Ministerpräsident war, der sein Amt unmittelbar im Gefolge eine Wahl übernommen hat, während es ansonsten immer während der Legislaturperiode zum Wechsel auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten kam, ist die südwestdeutsche Politik gleichwohl durch ein hohes Maß an Kontinuität und Beständigkeit geprägt.

Jedes Porträt der Ministerpräsidenten wird durch umfassende biographische Angaben abgerundet. Hier erhält der Leser u. a. Auskunft über die Familie und Sozialisation des Ministerpräsidenten, aber auch über dessen Ausbildung, seine berufliche Laufbahn wie auch seine politische Karriere. Detailliert listet Schrode außerdem Ehrenämter und Auszeichnungen auf. Zudem gibt er einen genauen Überblick über Veröffentlichungen von und über den jeweiligen Ministerpräsidenten und ebenso werden archivalische Quellen aufgeführt. Somit leistet Schrode einen wichtigen Beitrag für weitergehende vertiefte Forschungen zu der jeweiligen Persönlichkeit.

Klaus Schrode legt einen leicht verständlich geschriebenen ereignisgeschichtlichen Überblick über zentrale Stationen der südwestdeutschen Politik zwischen 1945 und 2005 vor. Ein breiteres Publikum wird sicherlich gerne zu diesem Buch greifen.<sup>2</sup>

Michael Kitzing

---

<sup>2</sup> Zwei kleinere Unebenheiten seien angemerkt: S. 14: „Nach dem >Kapp/Lüttwitz<-Putsch weicht die Reichsregierung unter Friedrich Ebert nach Stuttgart aus.“ Genau genommen war Ebert Reichspräsident, an der Spitze der Reichsregierung stand der Sozialdemokrat Gustav Bauer (1870 - 1944). - S. 36: „Obwohl er den NS ablehnt, kann er (Wohleb) sich dennoch als planmäßiger Schulleiter (Oberstudiendirektor) am Gymnasium Donaueschingen halten (01.9.1934-01.10.1945).“ – Leo Wohleb war während der NS-Diktatur jedoch nicht Schulleiter in Donaueschingen, sondern vielmehr in Baden-Baden (Gymnasium Hohenbaden).

## QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=11852>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=11852>